

# Verhindert Storch Windpark?

LN 06.12.2016

## Initiative kritisiert RP für Genehmigungspraxis

### HINTERSTEINAU

Die Bürgerinitiative Pro Lebensraum Fulda/Vogelsberg übt Kritik an der Genehmigungspraxis des Regierungspräsidiums (RP) Darmstadt in Bezug auf Windkraftanlagen. Aktueller Anlass sei der Fund eines neuen Schwarzstorchhorstes.

Im „Drei-Regierungspräsidien-Eck Hessens“, welches die Gemeinden Neuhof, Flieden, Steinau sowie Freiensteinau verbindet, sind in der Gemarkung Hintersteinau Windkraftplanungen im Gange, obwohl in einem Zehn-Kilometer-Radius die Belastung bereits im Landesvergleich außergewöhnlich hoch sei. Hier seien acht Anlagen mit einer jeweiligen Höhe von 212 Metern geplant.

In direkter Nachbarschaft zum Planungsgebiet habe der zuständige Revierförster einen Schwarzstorchhorst gemeldet. Dieser sei bereits vom zuständigen NABU-Ortsverband sowie dem Beauftragten der Vogelschutzwarte in Augenschein genommen und bewertet worden. Zudem habe ein „dem Projektierer nahe stehender Gutachter“ den Horst gesichtet und als Schwarzstor-



André Heil sprach bereits im Oktober in Hintersteinau über das Thema Windkraft und Schwarzstorch.

Archivfoto: privat

chenhorst identifiziert. „Die Bauweise und das Umfeld seien ideal für den Schwarzstorch“, zitiert BI-Sprecher André Heil die Experten in einer Pressemitteilung. Ehrenamtliche Naturschützer hätten zudem dieses Jahr mehrfach Flugbewegungen über dem Oberwald gesichtet und in einer aufwändigen Dokumentation an das Regierungspräsidium Darmstadt weitergeleitet.

Gemäß gültiger Bewertungsmaßstäbe wie dem hessischen Windkraftleitfaden sowie dem „Helgoländer Papier“ dürfe im Umkreis von 3000 Metern keine Windkraftanlage errichtet werden. Ein Schwarzstorchhorst genieße zudem einen fünfjährigen Bestandsschutz. „Sofern sich das RP an die aktuellen Bewertungsmaßstäbe zur Erbauung von Windkraftanlagen hält, muss der vorliegende Antrag abgelehnt werden“, erklärt Heil, der andernfalls erhebliche rechtliche Risiken sehe.

„Der Umsetzungsdruck aufgrund der Änderungen des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes sowie der Vorgehensweise im Genehmigungsverfahren scheint bei dem Projektierer sowie bei dem zuständigen RP Darmstadt überdimensioniert hoch zu sein“, kritisiert BI-Sprecher André Heil. au